Woche bis Freitag, den 11. Juli 2008

Marktinfo

Wöchentliche Marktübersicht

Inhalt

Internationale Finanzmärkte 2

Talfahrt geht weiter

Internationale Finanzmärkte 2

Internationale Aktienmärkte im Überblick 3

USA 4

Europa 4

Bank of England wartet ab 5

Asiatisch-pazifischer Raum 5

Währungen 6

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse 7

Indikatoren-Übersicht 8

Europa 8

Eurozone 8

Deutschland 8

Asiatisch-pazifischer Raum 9

Japan 9

Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan) 9

Australien 9

Singapore 9

Taiwan 10

USA 10

Fazit und Ausblick 12

Vorausschau

14. Juli – 18. Juli 2008 13

Wichtige Informationen 14

Quelle:
Die Informationen werden von Fidelitys Investment-Communication-Team zusammengestellt. Sie basieren auf einer großen Auswahl externer Quellen sowie auf Informationen, die Fidelitys Fondsmanager und Analysten zur Verfügung stellen. Fidelity übernimmt weder die Gewähr für den Inhalt der Informationen noch haftet Fidelity für etwaige Irrtümer, Fehler, Auslassungen oder widersprüchliche Angaben darin.

Internationale Finanzmärkte

Von Anne D. Picker, Chefvolkswirtin, produziert von ECONODAY

Talfahrt geht weiter

Internationale Finanzmärkte

Sorgen über die Verfassung des internationalen Finanzsektors führten in der vergangenen Woche in Kombination mit einem heftigen Ölpreisausschlag zu nervösem Handel, in dessen Verlauf die meisten Aktienindizes tiefer notierten. Die Befürchtungen richteten sich vor allem auf die amerikanischen Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac und deren Fähigkeit, weitere Kreditverluste zu verkraften. Es herrscht Unsicherheit über den Umfang zusätzlicher Verluste im Zusammenhang mit der Kreditkrise, die sich negativ auf die – durch die Hypothekenkrise ohnehin angeschlagene – US-Wirtschaft auswirken dürften. Ebenfalls belastet wurde die Anlegerstimmung durch Nervosität im Vorfeld der Quartalszahlen, die viele US-Finanzinstitute in der Monatsmitte veröffentlichen werden. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Abwärtstrends der Immobilienpreise werden die Verluste im Finanzsystem insgesamt sicher weiter zunehmen.

Der US-Dollar fiel, und der Rohölpreis kletterte. Den Hintergrund bildeten wachsende Ängste vor einer Gefährdung der Lieferungen aus Nigeria und dem Iran. Hinzu kam die Ankündigung eines Streiks der brasilianischen Ölarbeiter in der kommenden Woche. Gerüchte über mögliche Vorbereitungen Israels für einen Militärschlag gegen den Iran trieben die Preise ebenfalls nach oben.

Mehrere Aktienindizes haben sich in der vergangenen Woche neu dem Baisse-Lager angeschlossen. Mittlerweile haben die Aktienmärkte der USA, Japans, Chinas, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Hongkongs und Australiens gegenüber ihren Höchstständen über 20% verloren. Sämtliche Indizes in Europa und Nordamerika beendeten die Woche mit negativem Ergebnis. Im asiatisch-pazifischen Raum notierten dagegen 13 Indizes über dem Stand vom Wochenanfang.

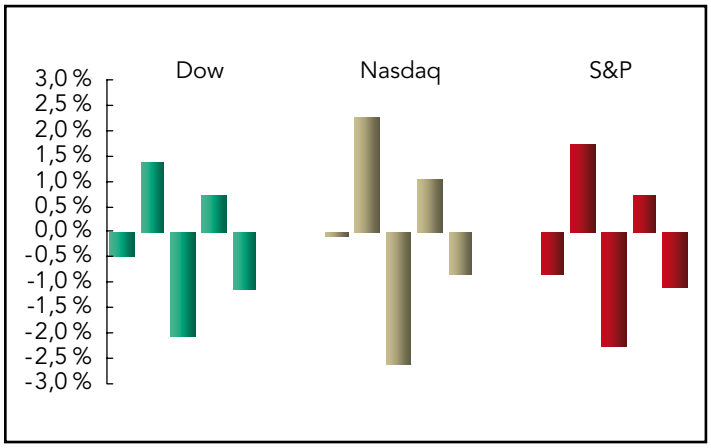
Internationale Aktienmärkte im Überblick

		2007	2008		Veränderung in %	
	Index	31. Dezember	4. Juli	11. Juli	Woche	Jahr
Asien						
Australien	All Ordinaries	6.421,0	5.170,0	5.067,8	-2,0%	-21,1%
Japan	Nikkei 225	15.307,8	13.237,9	13.039,7	-1,5%	-14,8%
	Topix	1.475,7	1.297,9	1.285,9	-0,9%	-12,9%
Hongkong	Hang Seng	27.812,7	21.423,8	22.184,6	3,6%	-20,2%
Südkorea	Kospi	1.897,1	1.577,9	1.567,5	-0,7%	-17,4%
Singapur	STI	3.482,3	2.892,5	2.926,8	1,2%	-16,0%
China	Shanghai Composite	5.261,6	2.669,9	2.856,6	7,0%	-45,7%
Indien	Sensex 30	20.287,0	13.454,0	13.469,9	0,1%	-33,6%
Indonesien	Jakarta Composite	2.745,8	2.314,8	2.276,9	-1,6%	-17,1%
Malaysia	KLSE Composite	1.445,0	1.134,1	1.150,4	1,4%	-20,4%
Philippinen	PSEi	3.621,6	2.369,2	2.438,0	2,9%	-32,7%
Taiwan	Taiex	8.506,3	7.228,4	7.244,8	0,2%	-14,8%
Thailand	SET	858,1	743,0	730,3	-1,7%	-14,9%
Europa						
Großbritannien	FTSE 100	6.456,9	5.412,8	5.261,60	-2,8%	-18,5%
Frankreich	CAC	5.614,1	4.266,0	4.100,64	-3,9%	-27,0%
Deutschland	XETRA DAX	8.067,3	6.272,2	6.153,30	-1,9%	-23,7%
Nordamerika						
USA	Dow	13.264,8	11.288,5	11.100,54	-1,7%	-16,3%
	NASDAQ	2.652,3	2.245,4	2.239,08	-0,3%	-15,6%
	S&P 500	1.468,4	1.262,9	1.239,49	-1,9%	-15,6%
Kanada	S&P/TSX Comp.	13.833,1	14.010,4	13.709,10	-2,2%	-0,9%
Mexiko	Bolsa	29.536,8	28.338,1	27.614,54	-2,6%	-6,5%

Die Börsen in Kanada, Hongkong und Thailand waren am Dienstag, den 1, Juli geschlossen,
Die Börsen in den USA bleiben am Freitag, den 4, Juli geschlossen,

USA

Die Woche an der US-Börse

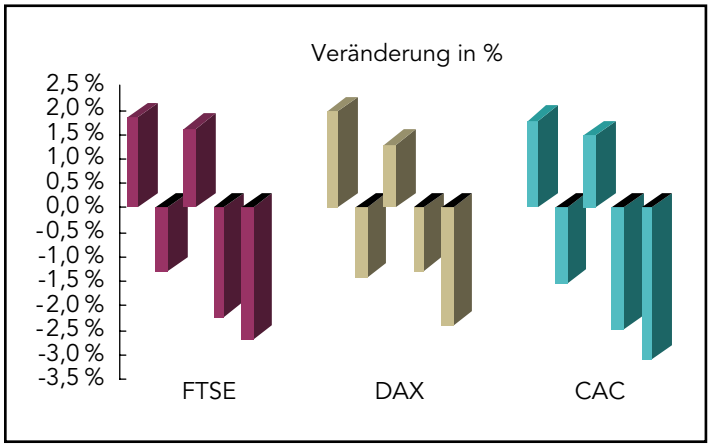


An den US-Aktienmärkten fielen in der vergangenen Woche die Kurse, als die Anleger von neuerlicher Besorgnis um den Zustand der Finanzinstitute erfasst wurden. Sorgen bereiteten in erster Linie die Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac – insbesondere nachdem der ehemalige Vorsitzende der Regionalnotenbank von St. Louis, William Poole, geäußert hatte, die beiden staatlich geförderten Institute („Government-Sponsored Enterprises") seien womöglich auf die Hilfe der Regierung angewiesen. Fannie Mae und Freddie Mac halten oder garantieren rund die Hälfte der 12 Billionen $ an ausstehenden Hypothekenkrediten in den USA. Ungewissheit ist Gift für die Märkte – und die Gesundheit des US-Finanzsystems ist zurzeit alles andere als gewiss.

Am Freitag verlief der Handel tumultartig; bei den Papieren von Fannie Mae und Freddie Mac kam es zu einer Verkaufswelle, da die Anleger fürchteten, eine Rettungsaktion der Regierung könnte – wenn sie denn erforderlich sein sollte – den Wert der Unternehmen an der Börse belasten. Unterdessen kletterte der Ölpreis auf über 147 $ (neuer Rekordstand), und die Konsumwerte gerieten unter Beschuss. Hintergrund war eine Vielzahl politischer Probleme, die sich auf die Rohölversorgung auswirken können. Die Befürchtung, die Kapitalausstattung der beiden Hypothekenfinanzierer sei angesichts der aktuellen Immobilienkrise nicht ausreichend, ließ die Aktien von Fannie und Freddie in der vergangenen Woche massiv unter Druck geraten. US-Finanzminister Henry Paulson teilte am Freitag in einer Erklärung mit, die Regierung konzentriere sich darauf, die beiden Unternehmen in ihrer „jetzigen Form" zu erhalten. Im Anschluss an seine Äußerungen fielen die Kurse am Gesamtmarkt allerdings noch deutlicher. Am Freitagnachmittag erholten sich die Märkte, gaben jedoch alsbald wieder nach – den Worten eines Kommentators zufolge lag der Dow Jones genau 30 Sekunden im Plus. Im Wochenergebnis fiel der Dow um 1,7 %, während der S&P 500 um 1,9 % und der Nasdaq um 0,3 % sanken.

Europa

FTSE, DAX und CAC



FTSE, CAC und DAX sanken in der letzten Woche, bedingt durch neue Rekordstände bei den Ölpreisen, die den Automobil- und Airline-Titeln zusetzten. Eine Rolle spielte auch hier die Besorgnis um die Gesundheit von Fannie Mae und Freddie Mac. Seit Freitag kann man davon sprechen, dass sich der FTSE, der schon zu Wochenbeginn kräftig nachgegeben hatte, in der Baisse befindet: Im Wochenverlauf verlor er 2,8 %. Seit seinem Höchststand von 6.730 Punkten im Juni 2007 hat das britische Kursbarometer mittlerweile über 20 % eingebüßt. Es ist die neunzehnte Baisse seit 1918. Die Gewinnaussichten im Bankensektor und im Einzelhandel sind aufgrund der Kreditkrise und des deutlichsten Preisrückgangs am Immobilienmarkt seit 30 Jahren getrübt.

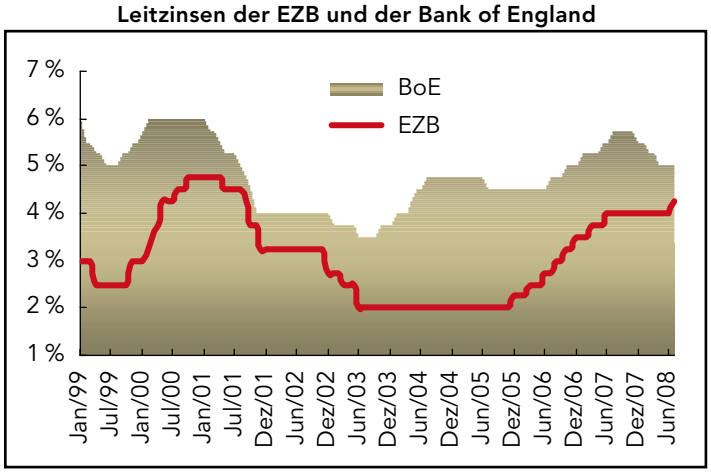
Der Anstieg der Rohölpreise auf den neuen Rekordwert von 147,27 $ pro Barrel führte vor allem bei den Aktien energieabhängiger Branchen wie Automobilhersteller und Airlines zu Kursverlusten, belastete jedoch auch den Gesamtmarkt. Die Ängste der Anleger im Hinblick auf die in Schieflage geratenen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac grenzten nach Ansicht von Analysten allerdings an Panik. Wenig überraschend blieben die Beschwichtigungsversuche von US-Finanzminister Paulson am Freitag daher weitgehend ohne Wirkung. Paulson hatte erklärt, die Regierung wolle Fannie Mae und Freddie Mac in ihrer „jetzigen Form" erhalten. Den Anlegern war dies offenbar nicht genug. Die US-Regierung ist jedoch nicht ohne Weiteres zu Notmaßnahmen bereit, solange die beiden Institute, die gemeinsam rund die Hälfte der 12 Billionen $ an ausstehenden Hypotheken halten oder garantieren, ihre Möglichkeiten zur Kapitalerhöhung noch nicht ausgeschöpft haben. Die beiden Hypothekenfinanzierer haben bereits 20 Mrd. $ aufgebracht, um die Verluste auszugleichen, die sie infolge der höchsten Kreditausfallquote seit mindestens 29 Jahren erlitten haben.

Am Donnerstag zeigten sich die internationalen Finanzmärkte erneut äußerst nervös. Hintergrund war einmal mehr die Sorge um die Verfassung des Finanzsektors. Beunruhigt reagierten die Anleger vor allem auf die Äußerung des ehemaligen Vorsitzenden der Regionalnotenbank von St. Louis, William Poole, wonach Fannie Mae und Freddie Mac, die beide den Status staatlich geförderter Unternehmen („Government-Sponsored Enterprises") haben – möglicherweise der Hilfe der US-Regierung bedürfen. Im Wochenverlauf sanken der FTSE um 2,8 %, der CAC um 3,9 % und der DAX um 1,9 %. Seit Jahresbeginn haben die Indizes 18,5 %, 27 % beziehungsweise 23,7 % eingebüßt. Analysten wiesen allerdings darauf hin, dass die Monate Juni und Juli in den zurückliegenden 40 Jahren wegen des reduzierten Handelsvolumens stets schwierig gewesen seien.

Bank of England wartet ab

Die Bank of England (BoE) ließ den Leitzins angesichts schwächeren Wachstums und zunehmenden Inflationsdrucks wie erwartet bei 5 %. Der geldpolitische Ausschuss (MPC) hatte die Zinsen zuletzt auf seiner April-Sitzung gesenkt. Für die Währungshüter gilt es, gleichzeitig der konjunkturellen Abkühlung und der steigenden Teuerungsrate gerecht zu werden – beide Tendenzen haben sich seit der letzten Sitzung im Juni verstärkt. Es zeigen sich zunehmend Signale einer ernsthaften Abschwächung des Wirtschaftswachstums, wenn nicht sogar einer ausgewachsenen Rezession.

Leitzinsen der EZB und der Bank of England



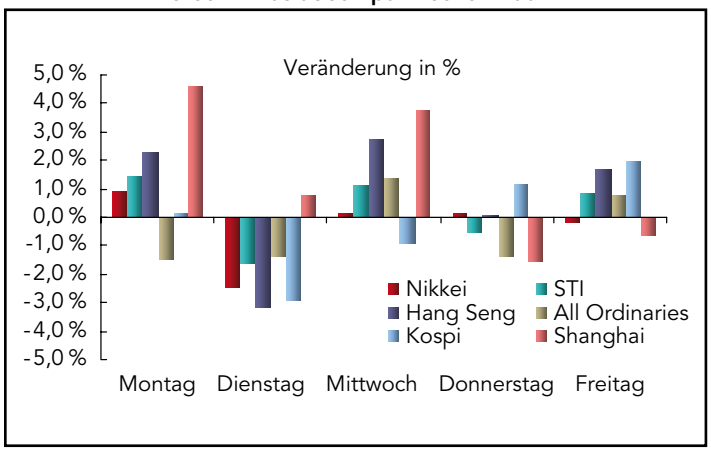
Die BoE, deren Inflationsziel bei 2 % liegt, muss dem Risiko entgegensteuern, dass Unternehmen und Haushalte infolge des kräftigen Preisauftriebs von einer hohen Inflationsrate auszugehen beginnen und diese damit zur „Selffulfilling Prophecy" zu machen. Um diese Befürchtung zu zerstreuen, hatte der Ausschuss erklärt, dass sich die Konjunktur deutlich abkühlen müsse. Möglicherweise hat dies die Unsicherheit über den Zustand der britischen Wirtschaft gerade ausreichend gesteigert, um die Inflation zu bremsen. Die Konjunkturdaten fielen zuletzt immer schwächer aus; so verschärfte sich die Immobilienkrise und trug damit zu einer Verschlechterung des Verbrauchervertrauens bei. In der vergangenen Woche veröffentlichte Umfragen unter Einkaufsmanagern ließen sowohl für die Industrie als auch für den Dienstleistungssektor einen Konjunkturrückgang erkennen – die Indikatoren fielen erstmals seit 2001 unter ihre jeweiligen Schwellenwerte von 50 Punkten. Unerwartet deutliche Rückgänge wurden laut neuen Daten auch bei den Produktionszahlen für Industrie und Fertigungsbranche registriert.

Die BoE gibt üblicherweise keine Stellungnahme ab, wenn ihre Politik unverändert bleibt, sodass sich die Beobachter bis zur Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls in zwei Wochen gedulden müssen. Großbritannien hat mit 5 % den höchsten Leitzins unter den G7-Staaten, Japan dagegen hat von allen Industrienationen die niedrigsten Zinsen (0,5 %).

Asiatisch-pazifischer Raum

Die Aktienmärkte im asiatisch-pazifischen Raum boten in der vergangenen Woche ein uneinheitliches Bild. Ursache war neben der anhaltenden Besorgnis um den Bankensektor der erneute Anstieg der Ölpreise. Der Nikkei fiel in der fünften Woche in Folge, am Montag ging er allerdings erstmals seit zwölf Handelstagen mit einem Plus aus dem Handel. Die hohen Preise an den Rohölmärkten sorgten indessen weiterhin für Nervosität unter den Anlegern, sodass der japanische Leitindex am Freitag im Minus schloss. Trotz der Sorgen um die US-Wirtschaft, die insbesondere den Papieren exportabhängiger Unternehmen wie den Automobilherstellern zusetzten, verbesserte sich der Nikkei an drei von fünf Handelstagen.

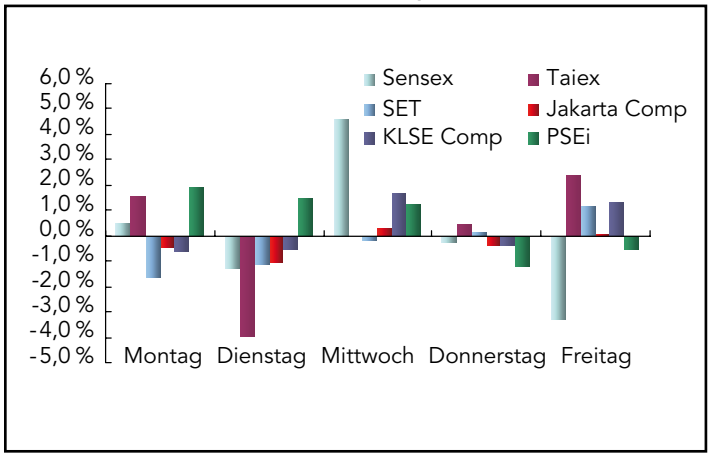
Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



In Australien stiegen die Kurse am Freitag – dahinter standen der Preisanstieg bei Metallen und Öl, der den Rohstoffwerten Rückenwind verschaffte, sowie Spekulationen, dass die US-Regierung den Zusammenbruch der Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac verhindern werde. Dennoch sank der All Ordinaries in der achten aufeinander folgenden Woche.

Der indische Sensex beendete die Woche zwar mit einem leichten Plus, am Freitag fiel er jedoch um 3,3% – dabei schwankte er um 715 Punkte. Grund war ein Bericht der Regierung, nach dem die Industrieproduktion so langsam wuchs wie zuletzt vor über sechs Jahren, während die Teuerungsrate ihren höchsten Stand seit 1995 erreichte. In den zwölf Monaten bis zum 28. Juni stiegen die Großhandelspreise um 11,9%; die Industrieproduktion wuchs im Mai um nur 3,8%, nachdem sie im April um 6,2% (revidierter Wert) zugenommen hatte.

Weitere Börsen im asiatisch-pazifischen Raum



Hang Seng und Shanghai Composite stiegen in der vergangenen Woche um 3,6% beziehungsweise 7%. Der chinesische Geschäftsklima-Index verbesserte sich im zweiten Quartal auf 137,4 Punkte, von 136,2 im ersten Quartal. In Hongkong stiegen vor allem die Kurse chinesischer Banken, nachdem China Merchants Bank und China Citic Bank bekannt gegeben hatten, dass sie für das erste Halbjahr mit einem Anstieg ihrer Nettoerträge rechnen. Die Airline-Aktien profitierten von der Erwartung höherer Gewinne wegen der olympischen Spiele im August in Peking.

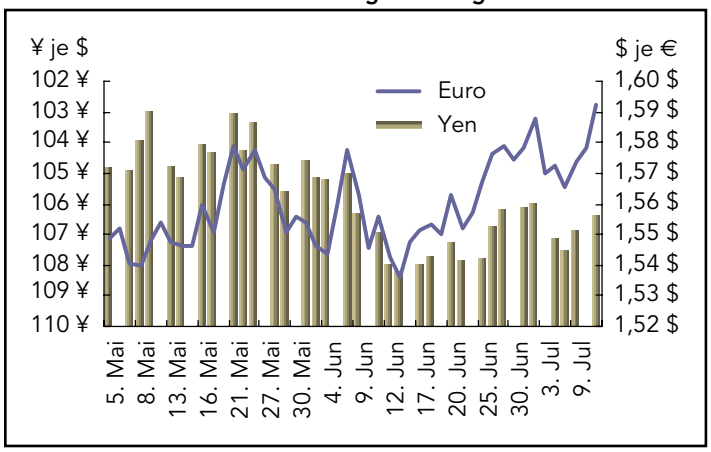
Die Bank of Korea ließ ihren maßgeblichen Zinssatz wie erwartet im elften Monat in Folge bei 5%. Hintergrund sind Sorgen über den starken Preisauftrieb. Die Zentralbank hat die Zinsen nicht verändert, seit sie im Juli und August 2007 erstmals zwei Zinserhöhungen in Folge vornahm.

Im Wochenverlauf konnten sich sieben der 13 hier verfolgten Indizes verbessern. Den größten Sprung machte der Shanghai Composite mit einem Plus von 7%, während der All Ordinaries mit einem Rückgang von 2% am deutlichsten fiel.

Währungen

Der Dollar verlor in der vergangenen Woche gegenüber dem Euro erneut an Boden. Am Freitag erklomm die europäische Gemeinschaftswährung zwischenzeitlich beinahe ihren bisher höchsten Stand von knapp unter 1,60 $ – dahinter stand die Befürchtung, die US-Regierung werde eventuell gezwungen sein, die Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac zu übernehmen. Der Dollar steuerte auf ein negatives Wochenergebnis zu, nachdem Finanzminister Henry Paulson bekannt gegeben hatte, dass die Regierung die beiden größten Hypothekenfinanzierer in ihrer „gegenwärtigen Form" erhalten wolle. Gegenüber dem Yen verzeichnete der Greenback den deutlichsten Rückgang seit zwei Wochen, im Verhältnis zum australischen Dollar fiel er auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Seitdem die US-Notenbank Federal Reserve ihren maßgeblichen Zinssatz am 18. September erstmals senkte, um eine Rezession zu verhindern, hat der Dollar gegenüber dem Euro rund 11% eingebüßt. In seiner Rede vor dem Kongress am Donnerstag hatte Paulson erneut betont, er bevorzuge einen „starken Dollar". Die Währung solle die „langfristigen Fundamentaldaten" der amerikanischen Wirtschaft widerspiegeln.

Yen und Euro legen kräftig zu



Die asiatischen Währungen legten im Wochenverlauf zu. Verbessern konnte sich vor allem der südkoreanische Won, nachdem die Währungshüter angekündigt hatten, die eigene Währung zu stützen und die Inflation im Zaum zu halten. Zwischenzeitlich verzeichnete der Won den deutlichsten Anstieg gegenüber dem Dollar seit März 1998 – Grund dafür war eine Erklärung der koreanischen Regierung vom Donnerstag, nach der sie die aus dem gestiegenen Ölpreis und der hohen Inflationsrate resultierenden Risiken bekämpfen wolle. Schon zu Wochenbeginn hatten die Bank of Korea an den Devisenmärkten interveniert. Wie aus Händlerkreisen verlautete, hatte die Notenbank am Dienstag Dollar-Reserven in Höhe von 2 Mrd. $ und am Mittwoch von über 3 Mrd. $ verkauft, um den Won zu stützen, der seit Jahresbeginn bereits um 10% gefallen ist. Die Bank of Korea hatte verlauten lassen, sie werde erneut ihre Devisenreserven einsetzen, die auf rund 258 Mrd. $ geschätzt werden, um den Preisauftrieb zu stabilisieren, und sie werde weiterhin die Marke von 1.000 Won je Dollar verteidigen.

Der malaysische Ringgit stieg als Reaktion auf Spekulationen, die Fed habe angesichts der immer größeren Verluste an den Kreditmärkten nicht mehr ausreichend Spielraum habe, um die Zinsen anzuheben, und die Anleger würden die US-Währung deshalb meiden. Im Wochenverlauf notierte der Ringgit gegenüber dem Dollar im Plus, nachdem der US-Aktienmarkt erstmals seit 2002 in die Baisse gerutscht war und einige asiatische Zentralbanken, darunter die südkoreanische und die malaysische, die eigene Währung gekauft hatten, um die Inflation im Zaum zu halten.

Ausgewählte Währungen – Wochenergebnisse

	Index	2007	2008		Veränderung in %	
		31. Dezember	3. Juli	11. Juli	Woche	Jahr
USD je Währungseinheit						
Australien	Australischer Dollar	0,878	0,960	0,966	0,6%	10,1%
Neuseeland	Neuseeländischer Dollar	0,774	0,756	0,761	0,6%	-1,7%
Kanada	Kanadischer Dollar	1,012	0,981	0,991	1,0%	-2,1%
Eurozone	Euro	1,460	1,570	1,593	1,4%	9,1%
Großbritannien	Britisches Pfund	1,984	1,983	1,988	0,2%	0,2%
Währungseinheit je USD						
China	Yuan	7,295	6,851	6,834	0,2%	6,7%
Hongkong	Hongkong-Dollar*	7,798	7,798	7,805	-0,1%	-0,1%
Indien	Rupie	39,410	43,200	42,885	0,7%	-8,1%
Japan	Yen	111,710	106,721	106,375	0,3%	5,0%
Malaysia	Ringgit	3,306	3,265	3,233	1,0%	2,3%
Singapur	Singapur-Dollar	1,436	1,363	1,357	0,4%	5,8%
Südkorea	Won	935,800	1.045,150	1000,400	4,5%	-6,5%
Taiwan	Taiwan-Dollar	32,430	30,430	30,420	0,0%	6,6%
Thailand	Baht	29,500	33,420	33,660	-0,7%	-12,4%
Schweiz	Schweizer Franken	1,133	1,027	1,017	1,0%	11,5%

*An den USD gekoppelt;
Quelle: Bloomberg.

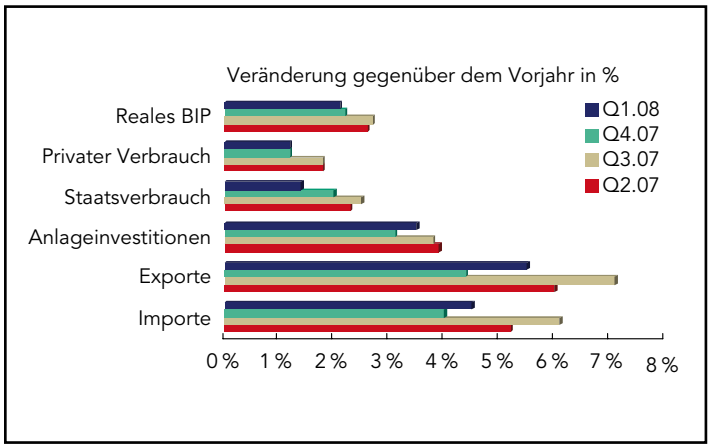
Indikatoren-Übersicht

Europa

Eurozone

Das BIP-Wachstum im ersten Quartal wurde auf 0,7 % nach unten korrigiert, nachdem eine erste Schätzung auf 0,8 % gelautet hatte. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Monaten des Jahres um 2,1 %. Wachstumsmotor war vor allem ein Anstieg der Binnennachfrage um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal, während sich Zuwächse bei Ausfuhren (1,9 %) und Einfuhren (2,0 %) weitgehend ausglichen. Die Ausgaben der privaten Haushalte legten dabei nur um 0,2 % zu, nachdem sie im Vorquartal um 0,1 % gesunken waren. Wachstumsmotor war vielmehr neben einem Anstieg der Staatsausgaben um 0,4 % vor allem ein kräftiges Plus von 1,6 % bei den Anlageinvestitionen – dies allein war für die Hälfe des BIP-Wachstums verantwortlich. Die Entwicklung der Lagerbestände trug weitere 0,2 Prozentpunkte bei. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Binnennachfrage um 1,6 %, die privaten Konsumausgaben erhöhten sich um 1,2 %. Die Staatsausgaben stiegen unterdessen um 1,4 %, die Anlageinvestitionen um 3,5 %.

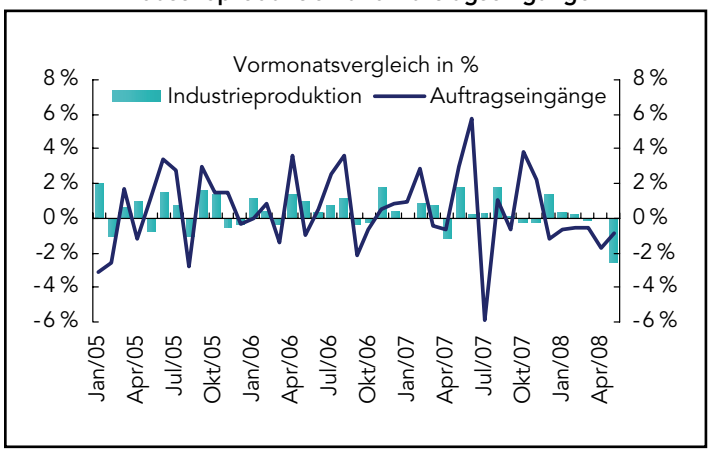
BIP-Wachstum im ersten Quartal schwächer



Deutschland

Die Auftragseingänge in der deutschen Industrie sanken im Mai um 0,9 % gegenüber dem Vormonat. Verglichen mit dem Vorjahr legten sie indessen um 0,2 % zu. Das Auftragsminus gegenüber April war in voller Höhe auf die schwächere Binnennachfrage zurückzuführen – sie verringerte sich um 2,7 % im Vormonats- und 0,3 % im Vorjahresvergleich. Angeführt wurde der Rückgang, der die meisten Bereiche erfasste, von den Kategorien Investitionsgüter (-4,0 %), Konsumgüter (-1,7 %) und Basisgüter (-1,6 %). Die Auslandsnachfrage stieg unterdessen um 0,8 %, vor allem dank einer beachtlichen Steigerung bei Basisgütern (12,6 %). Ein gesundes Plus wurde allerdings auch im Konsumgüterbereich registriert (1,3 %). Die Nachfrage nach Investitionsgütern gab dagegen erneut nach (-5,6 %).

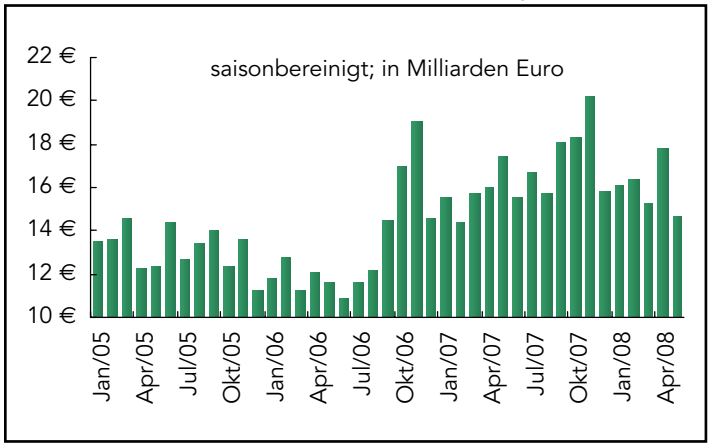
Industrieproduktion und Auftragseingänge



Die Industrieproduktion verringerte sich im Mai um 2,4 % gegenüber dem Vormonat, wuchs indessen gegenüber Mai 2007 um 0,8 %. Abgesehen vom Baugewerbe (+1,1 %) registrierten alle wichtigen Sektoren einen deutlichen Produktionsrückgang. So fiel sie bei langlebigen Gütern um 4,6 %, bei Zwischenprodukten um 1,8 %, bei Investitionsgütern um 3,9 %, bei langlebigen Konsumgütern um 4,6 %, bei Verbrauchsgütern um 0,7 % und im Energiebereich um 3,1 %. Im verarbeitenden Gewerbe wurde insgesamt ein Minus von 2,6 % verzeichnet.

Der Warenhandelsüberschuss schrumpfte im Mai saisonbereinigt auf 14,6 Mrd. €, von 17,8 Mrd. € im April. Dahinter standen in erster Linie ein kräftiger Rückgang der Exporte um 3,2 %, und eine Zunahme der Importe um 0,7 %. Für die deutsche Exportwirtschaft war dies der schlechteste Monat seit August 2007 – die Ausfuhren sanken damit bereits im dritten der letzten vier Monate und im vierten Monat des letzten halben Jahrs. Auf unbereinigter Basis erhöhten sich die Exporte insgesamt um 2,5 % im Vergleich zum Vorjahr, die Einfuhren stiegen um 8,2 %.

Warenhandelsüberschuss schrumpft

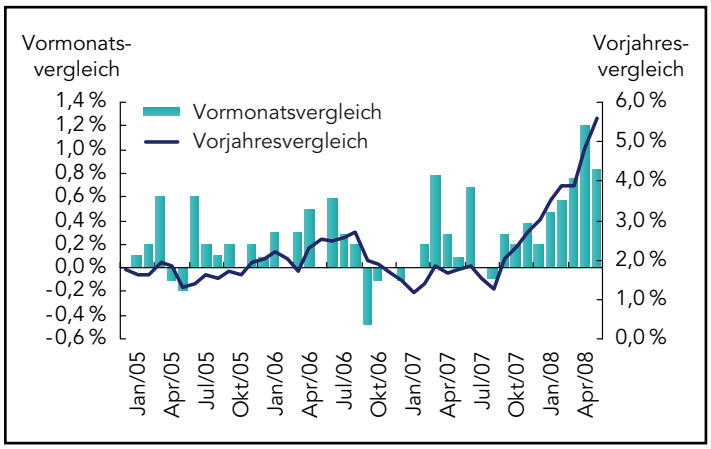


Asiatisch-pazifischer Raum

Japan

Der Index der Großhandelspreise, der „Corporate Goods Price Index" (CGPI), stieg im Juni unerwartet deutlich um 0,8 % gegenüber Mai und um 5,6 % im Vorjahresvergleich. Hauptursache war der Preisanstieg bei Erdöl- und Kohleprodukten, die sich um 7,7 % verteuerten, nach einem Anstieg um 11,5 % im Mai (revidierter Wert). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Preise in dieser Kategorie um 36,5 %. Einen weiteren Beitrag zum Anstieg – wenn auch auf niedrigerem Niveau – leisteten die Preise für Eisen & Stahl, die sich um 1 % im Vormonats- und um 18,3 % im Vorjahresvergleich erhöhten. Die Großhandelspreise stiegen auch bei Metallerzeugnissen (0,9 %) und in den Bereichen Chemikalien & verwandte Produkte und Papier & Papierprodukte (jeweils 0,8 %). Rückläufig waren die Preise dagegen in den Kategorien Elektromaschinen & -anlagen (-0,4 %) und Informations- & Kommunikationsausrüstungen (-1,1 %). Insgesamt stiegen die Erzeugerpreise um 0,8 % im Vergleich zum Vormonat und um 5,2 % gegenüber Juni 2007.

CGPI offenbart anhaltenden Preisdruck

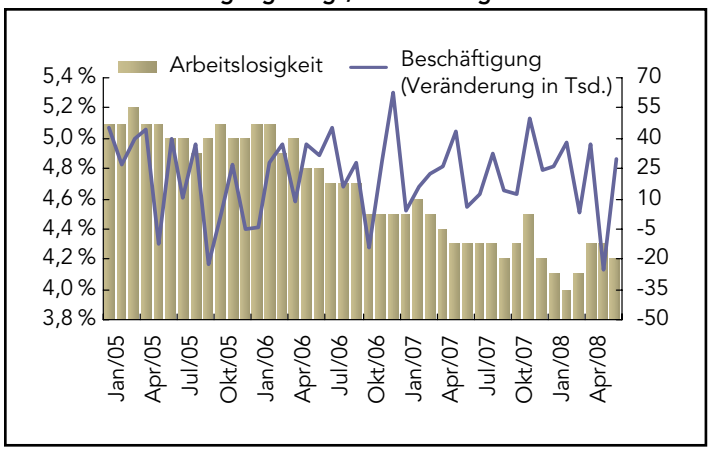


Asiatisch-pazifischer Raum (ohne Japan)

Australien

Die Zahl der Beschäftigten wuchs im Juni um 29.800 auf 10.715.700 – deutlicher als von Analysten erwartet. Der Beschäftigungsrückgang im Vormonat von 25.600 (revidierter Wert) wurde durch diese Zunahme fast wieder ausgeglichen. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten wuchs um 24.000 auf 7.664.600, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 5.800 auf 3.051.100. Die Arbeitslosenquote betrug wie erwartet 4,2 %. Die Zahl der Arbeitslosen sank um 2.800 auf 473.800. Bei denjenigen, die eine Vollzeitbeschäftigung suchen, wurde ein Rückgang um 300 auf 317.100 registriert, bei jenen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, eine Verringerung um 2.600 auf 156.700.

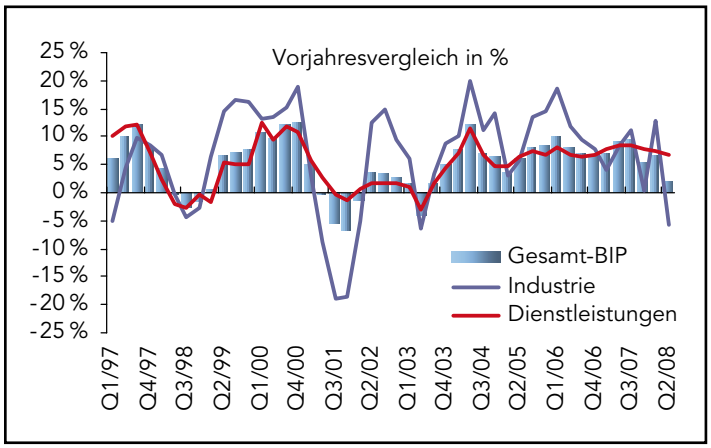
Beschäftigung steigt, Arbeitslosigkeit sinkt



Singapore

Das Bruttoinlandsprodukt, das im ersten Quartal um 6,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum (revidierter Wert) zugelegt hatte, wuchs im zweiten Quartal nur um 1,9 %. Das war die niedrigste Wachstumsrate seit fünf Jahren – Hintergrund waren Produktionskürzungen aufgrund rückläufiger Aufträge sowie die steigende Teuerungsrate, die für einen Rückgang der Ausgaben sorgte. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Industrieproduktion um 5,6 %, nachdem sie in den ersten drei Monaten des Jahres um 12,7 % (revidierter Wert) zugelegt hatte. Der Dienstleistungssektor verzeichnete ein Plus von 6,9 % gegenüber dem Vorjahr, das Baugewerbe einen Zuwachs von 15,2 %. Die häufigen monatlichen Schwankungen der Industrieproduktion lassen sich durch Umstellungen in der Medikamentenherstellung erklären: Bevor die Produktion eines anderen Produkts aufgenommen werden kann, muss die jeweilige Produktionsstätte zur Reinigung geschlossen werden.

Schwaches Wachstum im zweiten Quartal



Taiwan

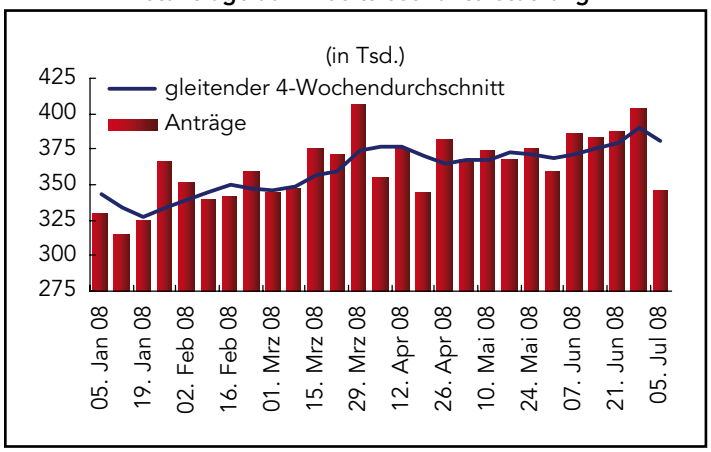
Der taiwanische Verbraucherpreisindex stieg im Juni um 4,97 % verglichen mit dem Vorjahr – das war eine deutlich höhere Rate als im Mai (3,71 %). Im Vormonatsvergleich erhöhte sich der Verbraucherpreisindex saisonbereinigt um 1,24 %. Gründe dafür waren unter anderem gestiegene Lebensmittelpreise und ein weiterer Anstieg der Energiepreise, nachdem sich Erdöl im Vormonat weltweit kräftig verteuert hatte und die Preise für Benzin und Diesel am 27. Mai auch in Taiwan erhöht worden waren. Beim Kernindex (ohne frische Lebensmittel) wurde ein Plus von 3,7 % im Vergleich zum Vorjahr registriert.

USA

USA

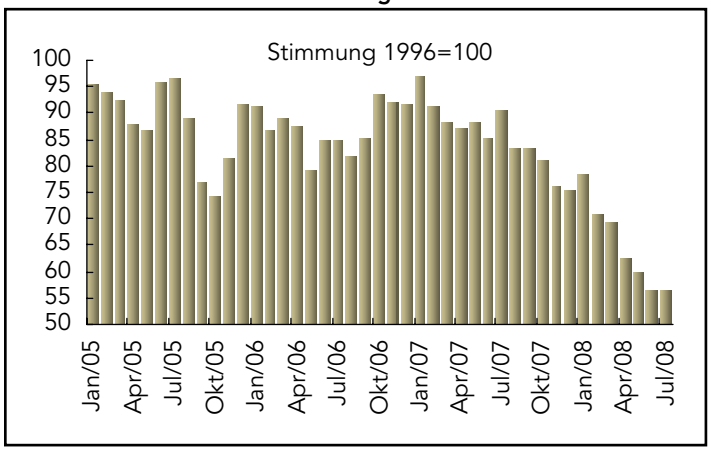
In der Woche bis zum 5. Juli sank die Zahl der Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung um 58.000 auf 346.000, den niedrigsten Wert seit Mitte April. Da es sich um eine Feiertagswoche handelt, überrascht die deutliche Veränderung nicht – umso größer ist die Bedeutung des gleitenden 4-Wochendurchschnitts, der um 10.000 auf 380.500 zurückging. Die Zahl der Folgeanträge stieg in der Woche bis zum 28. Juni um 91.000 auf 3,202 Mio., den höchsten Stand seit fünf Jahren.

Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung



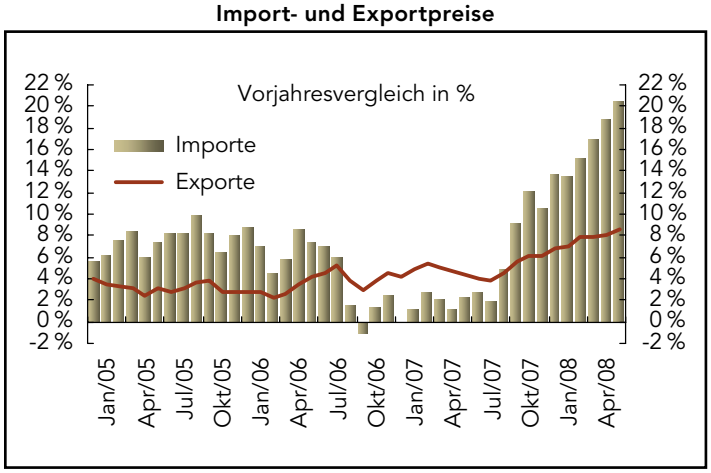
Der vorläufige Index des Verbrauchervertrauens von Reuters und der University of Michigan für Juli stabilisierte sich gegenüber dem Stand von Ende Juni von 56,4 auf 56,6 Punkte. Die Erwartungskomponente verschlechterte sich um 0,7 Prozentpunkte auf 48,3 Punkte, während die Komponente, die die Einschätzung der aktuellen Situation erfasst, um 0,8 Prozentpunkte auf 69,5 Punkte zulegte. Die Inflationserwartungen für die nächsten zwölf Monate stiegen um 0,2 Prozentpunkte auf 5,3 %, die Erwartungen für die nächsten fünf Jahre blieben unverändert bei 3,4 %.

Verbraucherstimmung stabilisiert sich



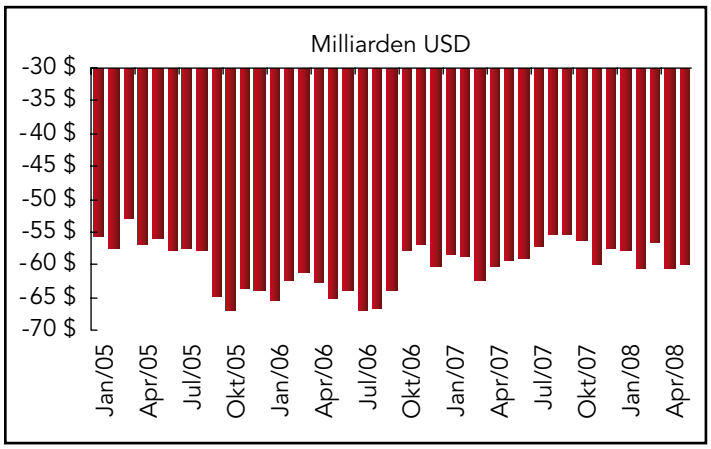
Die Importpreise stiegen im Juni kräftig um 2,6 % gegenüber Mai und um 20,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Bei Erdöl betrug der Preisanstieg 7,4 % im Vormonats- und gewaltige 78,6 % im Vorjahresvergleich. Ohne Berücksichtigung von Erdöl erhöhten sich die Einfuhrpreise um 0,9 % verglichen mit dem Vormonat und um 7,3 % gegenüber Juni 2007. Die Exportpreise stiegen unterdessen um 1,0 % gegenüber dem Vormonat und 8,6 % verglichen mit dem Vorjahr. Die Ausfuhrpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse stiegen um 2,2 % im Vormonats- und um 33,0 % im Vorjahresvergleich. Bei Ausklammerung landwirtschaftlicher Produkte legten die Exportpreise um 0,9 % gegenüber Mai und 6,4 % im Vergleich zum Vorjahr zu.

Import- und Exportpreise



Das US-Außenhandelsdefizit schrumpfte im Mai trotz des rasanten Anstiegs der Ölpreise auf 59,8 Mrd. $ – die Ausfuhren erhöhten sich um 0,9%, die Einfuhren dagegen nur leicht um 0,3%. Das Defizit im Handel mit Erdöl verringerte sich gegenüber April von 34,8 Mrd. $ auf 33,2 Mrd. $, während sich das Defizit im Nichtölbereich von 35,8 Mrd. $ auf 38,0 Mrd. $ vergrößerte. Das größte Exportplus zeigte sich im Bereich Industriegüter. Das Wachstum bei den Einfuhren wurde durch Rückgänge in den Kategorien Automobile und Industriegüter (einschließlich Öl) gebremst. Gegenüber Mai 2007 legten die Ausfuhren insgesamt um 17,8% zu, die Einfuhren um 12,5%.

Warenhandelsdefizit



Fazit und Ausblick

Die Bank of England überraschte niemanden, als sie ihren Leitzins am Donnerstag bei 5 % ließ. Wegen der Inflationsrisiken ist der geldpolitische Ausschuss nicht bereit, die Zinsen in naher Zukunft zu senken. Bei den Konjunkturdaten aus Europa standen Außenhandel und Industrieproduktion im Mittelpunkt. Besonders in Frankreich, Deutschland und Italien fielen die Produktionszahlen sehr schwach aus und signalisierten einen konjunkturellen Abschwung.

In Japan und Kanada treten die Notenbanken in dieser Woche zu Sitzungen zusammen. Von keiner von beiden wird eine Zinsänderung erwartet. Der Leitzins der Bank of Japan beträgt 0,5 %, der maßgebliche Satz der Bank of Canada 3 %. Die Anleger warten auf neue Hiobsbotschaften aus dem Finanzsektor und tun ihr Bestes, um eine Selffulfilling Prophecy zu bewirken.

Vorausschau: 14. Juli bis 18. Juli 2008

Notenbanken

15. Juli	Kanada	Erklärung der Bank of Canada
	Japan	Bank of Japan: Erklärung

Die folgenden Indikatoren werden in dieser Woche veröffentlicht

Europa

14. Juli	EWWU	Industrieproduktion (Mai)
15. Juli	Deutschland	ZEW-Konjunkturbericht (Juli)
	Großbritannien	Erzeugerpreisindex (Juni)
		Verbraucherpreisindex (Juni)
16. Juli	EWWU	Harmonisierter Index der Verbraucherpreise (Juni)
	Großbritannien	Arbeitsmarktbericht (Juni)
17. Juli	Italien	Warenhandel (Mai)
18. Juli	EWWU	Warenhandel (Mai)
	Deutschland	Erzeugerpreisindex (Juni)

Asiatisch-pazifischer Raum

16. Juli	Japan	Index für den tertiären Sektor (Mai)

Amerika

15. Juli	USA	Einzelhandelsumsätze (Juni)
		Erzeugerpreisindex (Juni)
16. Juli	Kanada	Herstellerumsätze (Juni)
	USA	Verbraucherpreisindex (Juni)
		Treasury International Capital (Internationale Finanzströme) (Mai)
		Industrieproduktion (Juni)
17. Juli	USA	Baubeginne (Juni)
		Konjunkturbericht der Regionalnotenbank von Philadelphia (Juli)
		Erstanträge auf Arbeitslosenunterstützung (Woche bis vorigen Samstag)